

Nein zum neuen Finanzausgleich

Der neue Finanzausgleich, über den am 15. Mai abgestimmt wird, wird für Opfikon eine sehr grosse Bedeutung haben. Wir empfehlen zu beiden Varianten ein klares und entschlossenes Nein. Das Gesetz weist enorme Schwächen auf und wird insbesondere Opfikon in eine schlechte Position bringen.

Der bisherige Finanzausgleich soll vollständig ersetzt werden. Dass die Fehlanreize durch von der Steuerkraft abhängige Subventionen von Gemeindetätigkeiten entfallen, ist immerhin ein guter und richtiger Ansatz. Das neue Gesetz bringt mehr Transparenz in die Finanzströme und mehr Budgetsicherheit. Ausserdem wird die Autonomie der Empfängergemeinden gestärkt, was ebenfalls wünschenswert ist. Das sind aber eher technische Faktoren. Die eigentlichen Wirkungen werden leider vom Kanton nirgends dargestellt, und diese sind einschneidend.

Was ist falsch an dem Gesetz?

Der neue Finanzausgleich wird geprägt von einem Ressourcenausgleich, der im wesentlichen den bisherigen Steuerkraftausgleich ersetzt, der Opfikon schon in der Vergangenheit sehr weh getan hat. Das wird noch wesentlich schlimmer. Opfikon wird künftig 4 bis 5 Steuerprozent mehr als bisher abgeben müssen. Viel schlimmer als die noch höhere Belastung der Abschöpfungsgemeinden ist aber der neu konzipierte Ressourcenzuschuss für die steuerschwachen Gemeinden. Nicht weniger als 130 von 171 Gemeinden werden so unterstützt, mithin also mehr als drei Viertel aller Gemeinden als unterstützungsbedürftig betrachtet. Neu sollen alle Gemeinden einen Zuschuss erhalten, der ihre Steuerkraft pro Einwohner auf das Niveau von 95% des kantonalen Mittels anhebt. Ab 110% des kantonalen Mittels setzt die Abschöpfung der Steuerkraft ein. Die Lasten, die etwa in Opfikon mit seiner schwierigen Bevölkerungsstruktur besonders hoch sind, werden dabei nicht beachtet. Es liegt auf der Hand, dass zahlreiche Zuschussgemeinden in Zukunft derart grosszügig mit Mitteln ausgestattet werden, dass sie ihren Steuerfuss deutlich tiefer ansetzen können als etwa Opfikon, das aber regelmässig Geld abliefert.

Nach wie vor werden die steuerkräftigsten Gemeinden am meisten Mittel zur Verfügung haben. Zu diesen gehört Opfikon aber mittlerweile nicht mehr. Die jüngste, vom Kanton angestellte Modellrechnung basiert auf Zahlen des Bemessungsjahrs 2006 (!), und dort kommt Opfikon mit der damals noch weit höheren Steuerkraft noch recht gut weg. Heute zählt Opfikon noch zum oberen Mittelfeld und dürfte in der Mittel-Ausstattung weit zurückfallen. Schon für 2006 hätten Gemeinden wie Sternenbergr, Waltalingen oder Hütten, die zu den steuerschwächsten des Kantons gehören, mehr Mittel pro Einwohner als Opfikon zur Verfügung gehabt. Auch Hofstetten, Schlatt, Fischenthal und Truttikon, alle mit einer Steuerkraft von weniger

als der Hälfte des kantonalen Mittels, hätten zu den „reichsten“ 30 Gemeinden gehört.

Mit dem auf 95% des Kantonsmittels ausgerichteten Ressourcenzuschuss hat man weit übers Ziel hinausgeschossen. Es wird eine neue Kategorie steuergünstiger Gemeinden entstehen, und zwar vor allem kleine Gemeinden an der Peripherie des Kantons. Das läuft auch jeder Strukturplanung des Kantons selbst zuwider, die etwa die Stärkung der Zentren, den Kampf gegen die Zersiedelung, die Einschränkung des Verkehrs, die Förderung von Gemeindefusionen usw. postuliert.

Ebenfalls mehr als zweifelhaft ist die zweite Säule, der demografische Sonderlastenausgleich. Damit werden Gemeinden unterstützt, deren Anteil von Einwohnern unter 20 Jahren mehr als 10% über dem Kantonsmittel liegt. Schon aus statistischen Gründen können dies nur kleine Gemeinden erreichen. Weil der hohe Anteil von nicht erwerbstätigen Jugendlichen auch die Steuerkraft automatisch absenkt (auch wegen immer höherer Abzüge) wird damit aber auch ein Nachteil nochmals ausgeglichen, der schon mit dem Ressourcenzuschuss berücksichtigt wird. Es entsteht also eine kumulative Wirkung. Vor allem aber ist der Kinderreichtum kaum das wesentlichste Kriterium zur Diagnose einer besonderen Belastung. Da wären Kennzahlen wie der Ausländeranteil, die Sozialquote oder die Zahl der Arbeitsplätze wesentlich bedeutender.

Der neue Finanzausgleich wird eine sehr grosse Wirkung auf die Entwicklung der Steuerfüsse entfalten. Die grossen Verlierer werden die städtischen Agglomerationsgemeinden sein, zu denen Opfikon gehört. Deshalb ist dieses schlechte Gesetz abzulehnen.

Nein zum Gegenvorschlag

Das konstruktive Referendum richtet sich ausschliesslich gegen den Zentrumslastenausgleich für Zürich und Winterthur, der beiden Städten weniger Mittel überlassen soll als vorgesehen und auch als bisher praktiziert. Abgesehen davon, dass der ganze Kanton von starken Zentren profitiert, ist die Begründung für diesen Kürzungsantrag bedenklich. Es soll damit die Geldverschwendung durch linke Regierungen und Parlamente bestraft werden. Die FDP Opfikon lehnt es entschieden ab, dass Beiträge des Kantons nach politischem Wohlverhalten eingesetzt werden. In der Stichfrage ist deshalb der Hauptvorlage von Regierungs- und Kantonsrat der Vorzug zu geben.

FDP.Die Liberalen Opfikon